

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zukermaren-, Schokoladen- u. Keksinustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt un-
entgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Präfekt jeden Donnerstag
Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr

Insertionspreis pro dreigeteilte Petit-
zeile 50 Pig., für die Zählstellen 30 Pig.

Der jetzige Stand des Genossenschaftstarifses.

In Nummer 2 unseres Organs geben wir eine kurze Übersicht zu dem am Jahresende zu verzeichnenden Stande unseres Tarifes mit dem Centralverband deutscher Konsumvereine und nach Bekanntmachung der betreffenden Zeichen wurde Billigung darüber ausgesprochen, daß jetzt, wo der Ablauf der Tarifperiode nicht mehr fern ist, noch immer eine so große Zahl von Vereinen, nämlich 78, mit 112 Beschäftigten, die zentralen Vereinbarungen nicht erneuert habe. Es war dann weiter unten dazu gesagt, daß unter solchen Tatsachen der Wert der Tarifgemeinschaft stark gesunken ist.

Gegen diese Wendung lehrt sich das „Correspondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands“. Es sagt, nachdem es unsere Zeichen angeführt hat:

„Wie die Zahl der Beschäftigten beweist, handelt es sich jedoch bei den Tarifgängern meistens um Kleinbetriebe, die den Wert des Tarifabschlusses und der Tarifanerkennung der großen Vereine kaum herabmindern können. Wir stimmen mit der „Bäckerzeitung“ gewiß überein, daß alles getan werden muß, um die Verhandlungen dieser offenbar rücksichtigen Vereine zur Anerkennung des Tarifes zu überlassen; finden aber doch, daß das Blatt ein wenig übertriebt, wenn es aus der Nichterkenntnung des Tarifes für 112 Beschäftigte gegenüber der Anerkennung für 1801 Beschäftigte folgert, daß „der Wert der Tarifgemeinschaft stark gesunken ist“. Bei jeder Tarifgemeinschaft gibt es Aufsichtsräte, bei denen fest zugegriffen werden muß, um sie zur Anerkennung ihrer Pflicht zu zwingen, ohne daß man deshalb gleich von einem stark gesunkenen Wert der Einrichtung selbst reden kann.“

Diese Schrift ist auch in eine Reihe von Tagesblättern übergegangen und hat zum Teil noch ausdrückliche Zustimmung, in einem Falle allerdings auch Ablehnung gefunden. Da wird es doch notwendig sein, daß wir unser Standpunkt hinsichtlich des Wertes, den wir der Tarifgemeinschaft im allgemeinen als auch unserer Tarifgemeinschaft mit dem Centralverband deutscher Konsumvereine im besondern bezeichnen, noch einmal etwas ausführlicher klarmachen, als es in dem Aufsatz in Nummer 2 geschehen ist.

Unsere Wertschätzung der Tarifgemeinschaften im allgemeinen ist eine sehr große. Wir müssen dies deshalb besonders unterstreichen, weil ein Parteiblatt, die „Erfurter Tribune“, in seiner Ablehnung des Standpunktes des „Correspondenzblattes“ unsere Ausführungen in folgender Weise unterstützen will:

„Damit hat das Blatt eigentlich nur ausgesprochen, was schon längst Überzeugung eines großen Teiles der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft ist. Doch geht diese Meinung der Schriftleitung des „Correspondenzblattes der Generalausschüsse“ wider den Strich. Zum Lehrer, der seinen Schülern mit erhobenem Finger eine Warnung ertheilt, ermahnt sie die „Bäckerzeitung“, sie möge doch nicht aus soldem geringfügigen Anlaß gleich von einem stark gesunkenen Wert der Tarifverträge reden.“

Auch wir sind bisher nicht unbedingte Gegner der Tarifverträge gewesen, haben aber auch nie ihre großen Schätzungen vertreten. Vor allem sind Tarifverträge nicht als Evangelium zu betrachten. Diese Lehre müßten die großen wirtschaftlichen Umwälzungen im Verlaufe dieses Krieges eigentlich auch in jenen Tarifanträfern einzupackt haben. Die Arbeiter wissen, daß die in den letzten Jahren mit Hilfe der Militärbehörden zustande gekommenen Tarife und Abmachungen zwischen Unternehmen und Gewerkschaften nach diesem Kriege noch nicht einmal den Wert eines Feuerzettels Papier haben. Dann wird die Macht und der energische Wille, diese Macht zu gebrauchen, im Wirtschaftsleben entscheiden, und die Arbeiter tun gut, sich jetzt schon zu rütteln. Die kommende neue Zeit wird mit den Illusionen der Tarifvangelisten gründlich anräumen.“

Selbst auf die Wahrscheinlichkeit hin, daß die „Tribune“ erklären wird, wir wären vor dem warnend erbösen Finger unseres Lehrers wieder auf den Pfad der Tugend gewichen, müssen wir betonen, daß Tarifverträge uns

immer feineswegs das höchste Gut sind, das die Arbeiterschaft einem Entgegenkommen zu zwingen. Das „seine Zugreifen“, von dem das „Correspondenzblatt“ spricht, überläßt also der Centralverband deutscher Konsumvereine der Gewerkschaft allein. Angeknüpft dieser Sache wurde in Nummer 2 davon gesprochen, daß der Wert der Tarifgemeinschaft stark gesunken ist und es wird wohl niemand behaupten wollen, daß die Stellungnahme des Centralverbandes deutscher Konsumvereine geeignet ist, das Ansehen dieser Tarifgemeinschaft zu heben. Man muß immer vor Augen haben, daß zwar nur 5,9 vom Hundert der in Frage kommenden Bäckereiarbeiter, aber 26,4 vom Hundert der Betriebe außerhalb der Vereinbarungen stehen, und daß nun schon während jeder Tarifdauer von 1904 an dieses Verhältnis angehalten hat! Obendrein handelt es sich bei den in Frage stehenden Vereinen nur vereinzelt — was ja das „Correspondenzblatt“ nicht wissen kann — um finanziell ungünstig stehende. Die Vereine haben allerdings nur kleinere Bäckereien, sind aber in der Mehrzahl im Verhältnis ebenso gut fundiert — mitunter sogar bedeutend besser — als die größeren, die längst den Tarif bewilligten. Und schließlich sind es immer wieder dieselben Vereine, die all diese Jahre müderpreisig sind.

Wenn die Gewerkschaft bisher noch nicht von der Möglichkeit Gebrauch gemacht hat, gegen solche Vereine die letzten Mittel anzuwenden, so tut, um das Ansehen der Genossenschaftsbewegung nicht zu schädigen und weil sie sich der Hoffnung hingibt, daß die Leitung des Centralverbandes selber mit der Sache einsehen würde, daß dieses Ansehen am sichersten gewahrt wird, wenn sie selber sich die Machtmittel in die Hand geben läßt, um die Aufsichtsräte in die Reihe zu zwingen. Wir wissen sehr wohl, daß der ganze Aufbau des Centralverbandes, die Selbständigkeit der Revisionsverbände, überhaupt: der ganze föderative Charakter dieser großen Wirtschaftsorganisation der Betriebsleitung gewisse Schwierigkeiten zogen; aber wenn schon vor 15 Jahren durch einen Genossenschaftstag für das ganze Verbandsgebiet ein Tarifvertrag abgeschlossen wurde, so muß sich folgerichtig nun endlich die Betriebsleitung auch freie Hand verschaffen, alle Vereine zwingen zu können, solche Abmachungen anzuerkennen. Die „Aufsichtsräte“ suchen hier, was wir das „Correspondenzblatt“ zu beachten bitten, nicht, wie sonst in der Regel, außerhalb der Unterorganisation, sondern innerhalb dieser, und in solchen Fällen nehmen die Unternehmer tatsächlich einen viel strengeren Standpunkt ein als der Centralverband deutscher Konsumvereine.

Weil wir also gerade großen Wert auf Tarifgemeinschaften und ihre ehrliche Einhaltung legen, und weil wir nichts unversucht lassen wollen, was uns in Zukunft die Anwendung der „legten Mittel“ ersparen könnte, deshalb haben wir den Stand unseres Genossenschaftstarifses und die Mängel in seiner Durchführung einmal der Leistungsfähigkeit vorgeführt. Wenn es zum nächsten Abschluß besser werden soll, so war es notwendig, daß die Aussprache darüber jetzt einzog; denn die Wahlen im Centralverbande deutscher Konsumvereine machen äußerst langsam und gewissenhaft, und ganz besonders dann, wenn es sich um den Aufbau des Tarifwesens handelt. Möge sich aber schon heute die Leitung der Konsumvereine darüber klar sein, daß das jetzige Verhältnis nicht nur dem Centralverbande der Bäcker und Konditoren, sondern auch anderen Gewerkschaften unerträglich geworden ist. Die Organisationen hätten nie geglaubt, daß sie so unendlich viel Zeit und Geld daran seien müßten, um den Tarifstand nur so zu gestalten, wie er augenblicklich sich präsentiert, ebenso wie sie es nicht mehr verantworten können, für die Durchführung anderer Vereinbarungen, wie zum Beispiel der

Leistungszulagen, so viel Zeit zu opfern, wie in den bisherigen Fällen. Sie hoffen, daß nun endlich auch die Interessen des Centralverbandes deutscher Konsumvereine ihrerseits durch ihre Handlungen zeigen, daß ihnen eine künftige Tarifgemeinschaft wertvoll ist.

Stellungnahme der Verbandsvorstände zum Streik.

Eine Konferenz des Verbandsvorstandes hat sich am 1. Februar mit den Ursachen und dem Verlauf des Streiks beschäftigt. Da die Gewerkschaften an der Leitung des Streiks nicht beteiligt waren, konnten die Verbandsvorstände in Gemeinschaft mit der Generalkommission nur ihrer Ansicht über die Ursachen der Bewegung Ausdruck geben. Sie beschlossen eine Erklärung, in der ausführlich auf die Stellung der Regierung zu den Fragen der inneren und äußeren Politik hingewiesen wurde. Da diese Erklärung in der Tagespresse vor verhüllt wiedergegeben werden durfte, verzichteten wir überhaupt auf ihren Abruck, weil die zugelassene Form kein ausreichendes Bild der Stellungnahme des Verbandsvorstande ermöglicht.

Reichswirtschaftsamt und die Zusammenlegung der Bäckereibetriebe.

Am Sonnabend, 26. Januar, fand im Amtsgebäude des Reichswirtschaftsamtes in Berlin eine Konferenz statt, die Richtlinien für eine den Bedürfnissen des Bäckerhandels entsprechende Zusammenlegung der Bäckereibetriebe schaffen sollte.

Eingeladen waren alle Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer des Bäckerhandels. Vertreten waren der Brauereiverband "Germany", der Großbäckerverband, der Centralverband der Konsumvereine, der Centralverband der Bäcker und Konditoren Deutschlands, der christliche Verband und der gelbe Bund. Es fehlten der Reichs-Dönerdörfer Verband und der Reichsverband (christlich) der Konsumvereine.

Das Reichswirtschaftsamt war vertreten durch Unterstaatssekretär Göppert, Amtsräther Trendelenburg und Geheimrat Schmitt; das Kriegsernährungsamt durch Unterstaatssekretär Dr. August Müller und das Reichsministerium durch Geheimrat Oberregierungsrat Fried. Außerdem waren Vertreter des Kriegsministers und der Reichskanzlei sowie der Reichstagsabgeordnete Giesbertz aus genannten Behörden eine Anzahl Delegierter anwesend.

Unterstaatssekretär Göppert eröffnete die Sitzung mit einem Rücksicht auf das aktuelle Jahr und seine Kriegswandlungen, die auch die Zusammenlegung der Bäckereibetriebe zwecks Kostenersparnis mit sich gebracht habe. Die Zusammenlegung müsse den staatlichen Behörden übertragen werden. Da nun aber auch hierbei eine Reihe Besonderheiten ergeben hätten, so sei das Reichswirtschaftsamt zu dem Entschluß gekommen, die Vertreter des Bäckerhandels darüber informatorisch zu hören, ob es nicht zweckmäßig erübrige gewisse Richtlinien, die letzten der Großbäckern zu besprechen seien, general vom Reichswirtschaftsamt zu entwerfen.

Neben einer allgemeinen Zusprache genehmigt wurde, nach zu berichten der Vorsitzende des Konsumverbands "Germany", Herr Bazzard, das Wort. Er warnte nun gegen die Bäckereizusammenlegungen in der jetzigen Form, bekräftigte die Kostenersparnis durch dieartigen und rührte Beispiele dafür an, daß es auch Großbetriebe gebe, die mehr Kosten verbrauchen als Kleinbetriebe. Er bestand auf allen Fragen die Großbetriebe Petrieszusammenlegungen, die er rigoros verneinte.

Unterstaatssekretär Göppert erklärte, daß der Großbetrieb soll zur Unterstützung in den zukünftigen Richtlinien keine und das Unrecht, wenn es ein solches sei, abgestellt werde.

Überreiter Bazzard, Sammata, meinte nun ebenfalls klar gegen die jüngste Art der Zusammenlegung, die Gruppenbildung und die Zukunft der Bäcker, Geisen und Lehrlinge geforderte. Er hoffe, damit endlich eingekommen.

Überreiter Bazzard, Sammata, vertritt den gleichen Standpunkt und forderte bei den Kostenersparnissen der Bäcker, die in ihren Ausgaben manch Sonderaufwand zeigten, daß diese Kosten nicht durch die Zusammenlegung gesenkt werden sollten. Der Vorsitz wurde im eigenen und im Ausschusssitzung selbst dafür sorgen, daß Kosten erhöht würden.

Bätzard rief nun selber Bant, in gleichfalls, wie die Vorredner, gegen die Bäckereizusammenlegung.

Geißelhardt vom Centralverband der Bäcker und Konditoren legt einigend den Standpunkt seiner Organisation dar.

Die Beteiligung der Bäckermeistereien ist weiter jedoch zu erwarten, ob die Bäckereibetriebe nach großer Kosten als der Bäcker, der Bäckerei möchte sich stecken lassen, wenn eine Kostenersparnis, die die Bäckereizusammenlegungen im Bäckerhandel nur aus dem Grunde zu forcieren wünsche, um dadurch die Nacharbeit wieder zu zurückzuführen zu bringen. Sicher könnte man dabei an gewissen Stellen Energieeinsparungen zu finden. Außerdem erfordert die Zusammenführung der Bäckereibetriebe und Konditoreien in der Bäckerei aus der geringen Stütze, der einen Grund, aber keinerlei eindeutiges Verbot der Zusammenlegung, mit durch den Bäckermeister und die Bäckereizusammenlegungen im Bäckerhandel eine bauliche und finanzielle Kostenersparnis der Betriebe eine durchaus gerechtfertigte Voraussetzung der Zusammenlegung. Weiters empfiehlt sich als Basis zwischen einem Bäckereibetrieb, der von den übrigen Betrieben gemeinsam zu arbeiten habe, um die benötigten Maßnahmen zu vermeiden, welche Bäcker bereit zu liegen ist, mit neben den Bäckereibetrieben auch die Geisenorganisationen in dem Bäcker betreuen sei. Sicherheit sei leider bisher kaum

lich festgestellt unterlassen worden, modurch eine Reihe von Schlägereien der Behörden, die Redner als Schulbeispiel dafür, wie es nicht gemacht werden darf, ansah. Entfernen müssen und Verbitterung auslösen.

Unterstaatssekretär Göppert erklärte auf diese Darlegungen, daß bei den zuständigen Behörden keine Neigung bestünde, die Nacharbeit wieder zur Erführung zu bringen. Die Reichsbahndenken nicht davon, mit der Betriebszusammenlegung die Nachverarbeitung der Nacharbeit im Bäckerhandel zu verbinden, und er glaube, daß das preußische Handelsministerium den gleichen Standpunkt vertrete.

Geheimer Oberregierungsrat Fried erklärte, daß das Handelsministerium durchaus an der Verbesserung der Nacharbeit und dem Beleben des Lebens der Bäckerei interessiert sei, daß aber ein Erlass des Kriegsernährungsamtes, der die Bäcker und den Konditor an den Regierungspräsidenten zur Freigabe empfiehlt, die Befürchtungen, die Geißelhardt gehabt hätte, begründet.

Schulte vom Großbäckerverband erklärte, daß sein Verband nicht die Stelle sei, die die Nacharbeit bestimmt, er lasse auch diese Stelle nicht. Die Nacharbeit werde über von manchen Interessenten als Kriegsmahnahme gefordert. Den Großbetrieben sei die Ausnutzung ihrer Kräfte nicht im vollen Umfang möglich. Den gewinnungsgünstigeren Betrieben würde er, daß deren Ertrag nach dem Kriege garantiiert sei.

Fäßlein, vom Centralverband deutscher Konsumvereine, erklärte, daß seine Organisation kein Interesse an der Fortsetzung der Betriebszusammenlegungen habe. Er fliegt über die Bäckerei, die einzigen Konsumbäckereien in der Belieferung ihrer auswärtigen Verkaufsstellen erachtet, modurch in jenen Orten kleine Bäckereien eingerichtet werden müssen, was eine Verschwendung von Material bedeute. Er verlangte gleichfalls, daß bei allen diesen Fragen die Konsumvereine zu den Beratungen einzugezogen werden.

Überreiter Bätzard, Berlin, und Knossi, Hamburg, wenden sich nochmals über gegen unverhüllt übermäßige Zusammenlegungen.

Geißelhardt gibt der Belegschaft weiter Recht des Betriebes Ausdruck, die entziehen müsse, wenn das, was Geheimrat Fried dieser Konferenz gesagt habe, beachtet werden. Er fragt an, wie weit das Kriegsernährungsamt bestätigt sei, durch einen solchen Erlass wie ihn Geheimrat Fried angekündigt habe, in den wiederholt klar und unzweideutig befürworteten Willen der allein zuverlässigen Behörden einzutreten.

Geheimrat Fried verließ die wichtigsten Stellen des Erlasses des Kriegsernährungsamtes, die behaupten, daß die hohe Ausmühlung des Mehl's und der Kartoffelpulpa und anderes mehr die Schwierigkeiten der Herstellung guten Brotes vermehren, und daß dort, wo Geisenmagazin und anderes solche Maßnahmen tatsächlich ertheilen lassen, die Regierungspräsidenten aufgefordert würden, die Durchbrechung der Nachfrage der Bäcker durch Vorarbeiten zuzulassen. (Siehe Nummer 50, 1917, unserer Zeitung: Ein beispieloser Vorfall.) Die Red.

Unterstaatssekretär Dr. August Müller erklärte, daß aus einzelnen Bundesstaaten und Regierungsbürokraten klagen über die in dem Erlass des Kriegsernährungsamtes angezogenen Mängel an das Amt gekommen seien, mit dem Risiko, die Nacharbeit wieder einzuführen. Das Kriegsernährungsamt habe letzterem Wunsch nicht entsprochen, sondern hätte den Erlass in der Misszusage noch für das Richtige gehalten. Dies sei daher eine Sicherung der Nachfrage, aber keine Durchförderung, wie Herr Geißelhardt behauptet.

Der Vorsitzende wünscht, daß nun in die Spezialdebatte über die der Konferenz vorgelegten Fragen einzutreten würde.

Diese Fragen lauten:

1. Betriebe welcher Art sind für die Nacharbeit oder für die Zulieferung in erster Linie in Betracht zu ziehen? (Groß- oder Kleinstbetriebe, Bäckerei, Bäckerei- und Konditorei, Geisen, Lehrlinge)
2. Auf welche Weise kann ein gebliebener Ausgleich zwischen den fortsetzenden und den stillgelegten Betrieben herstellen?
3. Zusammenarbeit der Kommunalbehörden mit den beteiligten Betreibern des Bäckerhandels.
4. Ist es möglich, schon jetzt Vorbereitungen dafür zu treffen, daß den Inhabern der stillgelegten Betriebe, insbesondere den im Felde stehenden, nach Bereitstellung der Kriegswirtschaft die Wiederaufnahme ihres Betriebes erleichtert wird?

Der Vorsitzende nimmt den Punkt 3 vorweg, über den noch immer Meinung Unebereinstimmung herrsche, wie die Delegierten ergeben habe. Nur über die Art der Zusammenlegung des Sachverständigenrates müsse nach Klarheit gebracht werden.

Lippmann, Frankfurt, fordert die entsprechende Einsichtnahme der Konsumvereine, Schulte die der Großbetriebe. Bätzard erwidert, daß Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe, wie auch die Konsumbäckereien vertreten sein könnten. Geißelhardt fordert die Beteiligung der Geisenorganisationen. Geheimrat Fried erklärt, daß der Minister für Handel und Gewerbe Gewißheit daraus legt, daß die Sammata und Geisenorganisationen die Vertretungen des Generals in erster Linie im Falle können. Geißelhardt erklärt, daß schon in Friedenszeiten die Geisenauschüsse nicht den Willensausdruck der Geisenmeistereien dargestellt haben. Das sei aber im Kriege noch viel leichter in Erledigung zu treten, weil heute in den Annahmestellen nur noch sehr wenige Geisen vorhanden seien und in den kleinen Städten kein Geisenausschuß mehr bestehen. Seither in Berlin sei der Geisenausschuß nicht mehr vollständig. Er trifft daher nochmals entschieden für die Anstrengung der Geisenorganisationen ein. — Bätzard vom gelben Bund erklärt sich gegen die Festigung der Organisationen und empfiehlt die Ge-

isenausschüsse als berufene Gesellenvertretungen. Wo sie nicht mehr da seien, sollten die Annahmen bei berufenen Gesellenvertretern bestimmen. Auf Widerprotest Geißelhardts wiederholt er nochmals diese Ansicht und behauptet, daß seine Organisation vor dem Kriege 70 v. H. der Geisenausschüsse vertreten habe und auch jetzt noch 20 v. H. verfüge.

Der Vorsitzende und Geheimrat Fried empfehlen, daß in die Richtlinien niedergelegt werde, daß die Geisenvertretung durch ihre berufenen Vertreter zu Rate gezogen werden soll. Die Entscheidung in dieser Frage sollte man den Kommunalläden überlassen. Über diese Lösung herrscht Einverständnis und damit über Punkt 3 überhaupt.

Bei Punkt 1 wird nach Erklärungen Giesberts, Heimboldts und Töllners bestimmt, daß die Hausbäckerei (Wohnbäckerei) von der Zusammenlegung ausgeschlossen bleibt und ebenso Bäckereien mit Holz- und Dampfkessellage nicht zugelassen werden sollen, sowie, daß im übrigen die Zusammenlegung nur im Einvernehmen mit den Betriebsvertretern erfolgen darf.

Zu den Punkten 2 und 4 geben Amtsräther Trendelenburg und ein Vertreter der Reichsobohrwerft informative Erklärungen ab.

Ein Vertreter des Kriegsministers wirft die Frage auf, ob es zweckmäßig sei, bei der Zusammenlegung auf Menschenersparnis für den Kriegs- und Hilfsdienst Gewicht zu legen. Seitens der Vertreter der Annahmen und Heimboldt wird die Frage der Menschenersparnis als nicht ins Gewicht fallend erklärt. Der Vorsitzende will in die Richtlinien die Frage der Menschenersparnis nicht als Voraussetzung bei der Zusammenlegung des betreffenden Betriebes niederlegen, jedoch sollen die Bäcker daraus kein Recht herleiten dürfen, vom Kriegs- oder Hilfsdienst befreit zu sein. Darüber stellt er Einverständnis fest.

Unterstaatssekretär Dr. Müller will bei der Betriebszusammenlegung die Höhe der Ausbeute des Mehl's ausschlaggebend sein lassen. Nachdem auch hier von den Vertretern des Berufes abgeraten wird, weil diese Frage von zu vielen Umständen, namentlich aber von der Beschaffenheit des Rohmaterials abhängig sei, wird von derselben Abstand genommen.

Alle übrigen Fragen werden der Zusammenarbeit der Betriebsvertreter mit den Kommunalbehörden vorbehalten.

Zu Punkt 4 wird von allen Seiten auf das weitere empfohlen, den stillgelegten Betrieben, namentlich aber denen, die aus dem Felde zurückkehren, die Wiederaufnahme ihres alten Betriebes zu erleichtern. Es wird seitens der Annahmenvertreter zu diesem Zwecke die Schaffung von Fonds empfohlen, zu denen die zurückgebliebenen Weißer Beiträge leisten sollen. Auch die Vertreter der Großbetriebe sagen in diesem Beitreben ihre Unterstützung zu.

Der Vorsitzende stellt auch hier Einmütigkeit in der Auflösung fest und sagt die Aufnahme eines solchen Fonds in die Richtlinien zu.

Mit Dank an die Betriebsvertreter schließt sodann Unterstaatssekretär Göppert die Sitzung.

Nachbarschaftsverbot und Kreisregierung Niederbayern.

Der Vorhang ist gefallen und zum Erstaunen erfährt alle Gegner der Nacharbeit im Bäckerhandel, daß seit längerer Zeit zwischen der Kreisregierung von Niederbayern und den im Regierungsbezirk vorhandenen Bäckereinungen Verhandlungen stattgefunden haben, um das Bäckerhandwerk erstmäßig zu erhalten durch Zulassung der Vorarbeit zu der zwölfstündigen Arbeitszeit. Soll mit den Vorarbeiten ein besseres Brot hergestellt werden, oder sind einige Ernährungsgewaltige daran, durch frühzeitiges Herstellen frischer Bäckware einen mitsenden Konkurrenzkampf zu entfachen und die Kreisregierung hierzu als Vorspann an dem Profitsarten zu benutzen?

Die Sachverständigen aus Bäckermeistereien werden die Kreisregierung sicher nicht darauf aufmerksam gemacht haben über die Vorgänge, weil sie sich im Leipziger Stadtrat im Oktober vorigen Jahres abspielen. Hat doch die Leipziger Bäckerei in trefflicher Weise dargelegt, daß auch ohne Vorarbeiten ein schwaches, beklemmliches und gutes Brot hergestellt werden kann. Die Gegner der Nacharbeit vermuten mit Recht, daß die Vertreter der Vorarbeiten sich mit dem Hintergedanken tragen: wie kann man am besten das Nachbackverbot durchlöchern, daß Gesetz umgehen und auch möglichst freie Hand bekommen, der Aufsichtsbehörde die Kontrolle zu erschweren, damit die Geisenvertreter nach wie vor der freien Aussentung unterliegt. Seitens der Geisenfamilie erheben wir schärfsten Protest, daß bei so wichtigen Fragen welche zur Behandlung stehen, die Kreisregierung nur Sachverständige aus den Arbeitgeberkreisen herbeizieht, welche vermutlich auch die Interessen gewesen sind, während man die Geisenfamilie im Berufe zur Hand zur Seite stellt und sie von den abgeschlossenen Verhandlungen benachrichtigt durch den Mund der Bäckermeister.

Kann sich die Kreisregierung nicht mehr erinnern, daß 1905 die Bäckergehilfen von Niederbayern in einer Petition erachten, daß ihnen an den hohen Feiertagen Weihnachten, Ostern und Pfingsten je ein freier Tag zugestanden werden sollte? Hat die Kreisregierung nicht auch den Weg zu den Bäckermeistern gefunden? Warum findet man jetzt nicht die Geisenfamilie?

In der letzten Versammlung der Bäcker-Zwangsimming Landshut wurde der Abschluß der Verhandlungen durch ein Schreiben der Kal. Kreisregierung verkündet, worin es heißt: Den Bäckermeistern ist gestattet, daß in ihren Betrieben Vorarbeiten, gleich, welcher Art, einschließlich Dienstheizen, in der Zeit von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens auf die Dauer von zwei Stunden geleistet werden können.

Nach Verlesen dieses Schreibens wird sich mancher Bäckermeister wohl schon zurechtgelegt haben, was von seinem persönlichen Standpunkt aus Vorarbeiten sind; denn man konnte ja schon in letzter Zeit öfters bemerken, daß auf die Gehilfen eingewirkt wurde, die Arbeit früher anzutunen als gleichzeitig zulässig war, wurde dies verweigert, dann erhielten die Gehilfen die schmeichelnde Antwort: Sollter Euch Beschwerden erwachsen, die Verantwortung übernehme ich. Der Geisenfamilie wird es auch jetzt noch nicht klar sein, aus

welchen Motiven die Kriegsregierung die Genehmigung zweifelnden Vorarbeit herstellt.

Aus diesem Vorgang erhebt die deutsche Wädertgehilfenschaft, wie sie die Augen offenhalten muss, um die Machenschaften der Arbeitgeber zu hinterstreben. Auch wagen gebrochen sich die Herren als Freunde der Tugend, im Innern und hinter den Kulissen versuchen sie mit aller Fähigkeit, den alten kulturellen Zustand wiederherzustellen und die gesundheitsschädliche Nacharbeit zur Einführung zu bringen. Die deutsche Wädertwelt auch ernst und mit festem Sinne von der Reichsregierung fordern, das endlich der Gelegenheitswurf zur dauernden Befreiung der Nacharbeit dem Reichstag vorgelegt wird, um den Angehörigen des Beweis klarheit zu verschaffen, ob sie nach dem Kriege als Opfer für die schweren Opfer an Gut, Blut, Entbehrungen, Tod und Elend wieder ins Slavenjoch zurückgelassen, oder ob das Heer so verstimmt werden soll, wie die Kriegsregierung von Niedersachsen den Wunsch gemacht hat. Wir wissen uns eins mit den Kollegen im Schuhengraben; unsere Parole und unser Protest lautet:

Wo bleibt das Heer, das die Nacharbeit im Kriegsverlaufe bauend verübt? Heraus mit dem Heer!

In alle Kollegen, die im Kriegshaus liegen, richtet ein Frontsoldat folgende Worte:

"In Nummer 3 unseres Organs macht ein Kollege den Vorschlag, alle in Militärbäderien arbeitenden Kollegen möchten freiwillig dazu beitragen, die Finanzkraft unseres Verbandes zu stärken. Ein wohlgermeindeter Vorschlag, der es wert ist, in die Diskussion dieser Frage einzutreten. Jeder aufmerksame Gewerkschafter wird mit Stolz die Kriegsarbeit unseres Verbandes verfolgt haben. Wenn auch, so schmerzlich es ist, notgedrungen ein Rückgang eintrat, so war daran nichts zu ändern. Wir sind nicht die einzigen, und dann hofft doch jeder, dass diese traurige Zeit einer besseren Wirkung machen wird. Dann haben wir schon heute die Gewissheit, dass unser Verband weiter vorwärtsmarschiert. Nach Berichten und allem andern ist unsere Finanzlage keineswegs ungünstig. Aber Vorarbeit für den Frieden muss geleistet werden."

Und eine genügte Stoffe ist dort das Nötigste mit. Um dies zu erreichen, trate zunächst in den Vordergrund eine allgemeine Beitragserhöhung. Doch siehe ich dieser Beipiel gegenüber. Wir können uns hier nicht nach unsern Bruderverbänden richten. Die wirtschaftliche Lage unserer Kollegenschaft ist keine glänzende; die Güterwarenindustrie scheidet ganz und gar aus. Dort wird in wenigen Betrieben, und verkürzt gearbeitet. In den Bädereien, wo hauptsächlich ältere verherrachte Kollegen arbeiten, ist der Lohn so bemessen, dass er knapp ausreicht. In der heutigen Zeit muss in der Arbeiterfamilie mit jedem Pfennig gerechnet werden. Die Betriebe der Müllungsindustrie dagegen stehen in glänzender Konjunktur; die Löhne sind besser. Das werden auch die Anträge der daheimgebliebenen Kollegen sein. Gewiss, beim idealen Gewerkschafter muss alles möglich sein! Doch, Kollegen, nehmt es mit nicht übel, man muss mit den Verhältnissen rechnen. — Nun fome ich zu dem Vorschlag des Kollegen A. an seine Kameraden in den Militärbäderien. Hier ist die Sache doch leichter, Gewiss kommt man als Soldat mit jedem Pfennig. Aber 25 g die Woche spielen keine Rolle. Ein Glas Bier, ein paar Zigaretten weniger, und „die Wahrheit ist möglich“! Wir haben sogar die moralische Verpflichtung, dies zu tun. Wir glauben nicht, dass mit noch Kriegsende in einem ruhigen Hafen einfahren werden. Die Schornmauer werden nicht danach fragen, bist Du Kriegsteilnehmer oder nicht? Sie werden ihren Vorteil suchen. Dann wird es stürmische Kämpfe geben. In den Militärbäderien sind nun auch oft mehrere organisierte Kollegen beisammen. Eine Einigung muss da leicht zu erzielen sein. —

Doch ich, der Schreiber dieses, bin Frontsoldat. Viele organisierte Kollegen habe ich noch nicht angetroffen. Über ihre Meinung weiß ich wenig. Und dennoch, Kollegen an der Front, Ihr kommt Euren Verband erst recht unterstützen! In den Tagen, wo man in Stellung liegt, bleibt niemande Markt übrig. Bedenkt, was ich oben angeführt habe. Bedenkt! Unser Verband ist ein Glied jener Bewegung, die für den Frieden eintritt, den Kampf führt gegen Kriegshasser und Kriegsinteressenten. Wir wollen den Daheimgebliebenen Nachbarschaft ablegen. Wir wollen sie nicht überlasten. Sie haben das Recht unseres Belegschafts hochgehalten. Die Welt hat uns ins Elend gejagt. Wir wollen beweisen, dass wir doch an sie glauben. Wenn auch: „Heute tot, morgen tot.“ Viele Kollegen fehren doch zurück. Ihnen willst Leben und Streben für Friede, Werte.

Wie nun eine derartige Beitragserhöhung gewordet wird, ist für mich Nebensache. Hauptsache ist, erst die Beiträge. Diese Leistung kann nur als freiwillige gelten. Vielleicht müssen wir das unsern Zahlstellen, oder Kommissionären und Bezirksleitern überlassen. Diese werden es möglich machen, alles in geordnete Bahnen zu leiten. Alles andere wäre mit rechtlichen Schwierigkeiten verknüpft. Also, Kollegen, aufsetzt Euch nochmals. Ich schlage vor: Alle, die einverstanden sind, senden zunächst bis Ende Februar eine Mark an ihre Zahlstelle. Das ist die Probe an's Exempel. Dann haben die Kollegen in der Heimat das Wort.

„Ohne Opfer kein Erfolg!“

Ein anderer Mehrmarm schreibt uns aus einer Etappe in Frankreich zu der Frage der freiwilligen Beiträge nochstehende Zeilen:

Betrifft der Antragung wegen der Mark freiwilligen Beitrags teile ich mit dem Kollegen F. B. auch die Ansicht, dass es seinem Kollegen so schwer fallen würde, von der moralischen Wädertlage eine Mark für unsere gute Sache zuwidmen. Vielleicht werden Dir aus dem Felde noch mehr solche Ansichten zugehen und die Sache wird eine greifbare Gestalt annehmen; vielleicht werde ich in der nächsten Nummer mehr davon hören. Die Ansichten der Kollegen im Felde sind ja verschieden, das wirdst Du wohl auch wissen, aber über diesen Punkt lässt sich doch mal reden; denn nach dem Kriege wird wohl monder Kollege noch unterstehen werden müssen, und dazu ist vor allen Dingen Heid nötig.

Das muss heute schon jedem bekannt sein. Ich bin nur neugierig ob sich noch mehr Kollegen über diese Sache äußern."

Ein dritter Kollege (Sammelsoldat) schrieb an unsere Leipzigische Zahlstelle:

"Zu dem Appell, den ein Kollege, F. B., in Nummer 3 unserer Verbandszeitung an alle im Felde stehenden Kollegen richtet, möchte auch ich meine Meinung äußern. Der Kollege F. B. fordert alle die Kollegen auf, die in Kriegszeiten im Felde arbeiten, einen regelmäßigen Beitrag von monatlich M. 1 zur Stärkung unseres Kampfunds zu leisten. Diesem Vorschlag kann ich nur freudig zustimmen. Längst habe ich mir die Frage vorgelegt, wie es möglich ist, dass der Verband bei den immer weniger Einschreibungen noch die zurzeit gewaltigen Unterforderungen an die Kasse befriedigen kann. Die Zahl der Kollegen unseres Berufes, die hinter in der Etappe, weit vom Schutz beschäftigt sind, können meiner Meinung nach sehr gut etwas zu unserem Kampfunds beitragen. Die Auslösungen, die sie zum Beispiel als Wäder erhalten, können bei vielen Kollegen sehr wohl die monatliche Überschreitung von einer Mark vertreten. Aber auch wir Kollegen, die wir an der Front stehen, würden, so hoffe ich, uns zum großen Teil an der Zahlung eines solchen Beitrages beteiligen."

Es ist erfreulich, dass eine solche Anregung ergangen ist, und ich erkläre mich bereit, jeden Monat meine Mark zu zahlen, entweder an die Zahlstelle oder an die Hauptstelle. Ich nehme an, in den nächsten Nummern unserer Zeitung noch mehr Stimmen über die Anregung des Kollegen F. B. zu lesen.

Es wird gewiss jedem denkenden Kollegen zur Genehmigung gereichen, wenn er nach Friedensschluss zurückkehrt und eine gut fundierte und stadt ausgebaute Organisation vorfindet. Alles, was wir geben, kommt ja doch nur uns selbst wieder zugute; darum stärken wir unsere Organisation nach allen Kräften."

Diesen zustimmenden Kundgebungen zu der Anregung, die in Nummer 3 ein Brodianbäder gegeben hatte, sind inzwischen noch einige andere gefolgt, die sich in denselben Gedankengängen bewegen, und die wir aber des Raumes halber nicht mehr wiedergeben können. Es steht fest, dass unsere Freunde an der Front, in den Etappen und in den Provinzämtern zu einem großen Teil jetzt bereit sind, freiwillig dazu zu helfen, dass ihre heimliche Gewerkschaftsorganisation die übernommenen sozialen Lasten leichter tragen kann. Ein bestimmter Vorschlag wird nun bereits in der oben zuerst wiedergegebenen Zuschrift dahingehend gemacht, dass zunächst jeder einmal M. 1 an seine Zahlstelle einschicken solle. Wir können mitteilen, dass einige Zahlstellen uns schon über solche Eingänge — auch größere, sowie Sammelbeiträge — berichtet haben. Eine Reihe Kollegen ist also gleich zur Tat geschriften und jedenfalls werden diesem Beispiel nun, nach den wiederholten Anregungen aus dem Felde, immer mehr folgen wollen. Die Organisationsleitung wird dieser Tatsache gegenüber nicht umhin können, der ganzen Angelegenheit erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken, und da in der nächsten Zeit sowieso zwischen dem Verbandsvorstand und den Bezirksleitungen eine Ausprache stattfinden muss, wird auch über diese Frage beraten werden. Empfehlen wird es sich aber schon jetzt, dass an solchen Stellen, wo eine größere Zahl Kollegen zusammenliegen, wie eben in den größeren Militärbäderien, sich einzelne Kollegen bereitfinden, solche freiwillige Beiträge an die Zahlstelle, der der Zahlende angehört, weiterzuleiten; denn es belaste natürlich sowohl die Kollegen im Felde wie auch die betreffende Ortsverwaltung, wenn auch aus den Militärbäderien jede Sendung einzeln erfolgt. Wer andere Kollegen nicht an seiner Seite hat, wird allerdings von Zeit zu Zeit selbst seinen Beitrag abführen müssen; trübere Einzelzahler senden an die Hauptstelle. In welcher Form die Kollegen Outting erhalten, ob durch Marken oder sonstwie, wird ihnen freizusetzen auch bestimmt werden können. Zunächst stellen wir aber nochmals mit Genauigkeit fest, dass unsere Kollegenschaft durch ihre Anregungen wieder beweisen hat, wie sehr ihnen das Wohl ihres Verbandes am Herzen liegt!

Verbandsnachrichten.

Drittung.

Vom 21. Januar bis 2. Februar gingen bei der Hauptstelle des Verbandes folgende Beiträge ein:

Für Dezember: Bad Neuenahr M. 23,20, Düsseldorf 46,46, Gotha 51,17.

Für November und Dezember: Danzig M. 126,50.

Für Januar: Stendal M. 13,50, Hamburg 1967, Mülhausen i. Els. 42,75.

Von Einzelzählern der Hauptstelle: A. P. Leonach M. 19, C. Sch. Wittstock 21, F. M. Böckeler 20, H. P. Rößner 11,30, W. B. Schwerin 2,40.

Für Abonnements und Annoneen: M. Sch. im Felde M. 2, Stendal 3,60, B. Oberbrügge 3, Sonnungsfrankfurterstrasse Berlin 7.

* Der Dampfkesseler. D. Freitag.

Von Kollegen aus dem Felde für Unterbringungszwecke.

An die Zahlstelle Hamburg: Von Wilhelm L. Armierungssoldat, M. 5. An die Verwaltung Berlin: Von R. J. M. 1. An die Zahlstelle Halle: Von E. B. 10, R. R. J. R. 66, M. 3. Früher quittiert M. 4629,35, heute quittiert M. 9, zusammen M. 4631,35.

Sterbetafel.

Berlin. Rudolf Hausmann, Bäcker, 51 Jahre alt. Magdeburg. Helene Flott, 21 Jahre alt, am 26. Januar.

Rosenheim. Georg Eckert, Bäcker, 64 Jahre alt.

Kriegsverluste des Verbandes.

Bezirk Berlin meldet als gefallen:

Karl Stein, Karl Schaper, Erich Häiner, Reinhard Gotzmann, Bäcker, 26 Jahre alt, am 18. November (sämtlich aus Potsdam);

Franz Kohanke, Bäcker, 46 Jahre alt;

Emil Rador, Bäcker, 38 Jahre alt.

Bezirk Chemnitz. Walter Zimmer, Bäcker, 28 Jahre alt, gefallen.

Paul Kummer, Bäcker, 35 Jahre alt, gestorben in einem Lazarett zu seinen Verwandten.

Bruno Wohlgemuth (Limbach i. S.), Bäcker, 40 Jahre alt, gefallen.

Bezirk Hannover. Kurt Schepel (Braunschweig), gefallen am 18. Januar.

Eure Ehren Wörter!

Schließsachen.

Generalversammlungen.

Briesfeld. Die Generalversammlung fand am 23. Januar in der „Eisenbütte“ statt und war gut besucht. Aus dem vom Kassierer Brodbeck gegebenen Jahresbericht ist zu entnehmen, dass einer Gesamtteilnahme von M. 3186,41 eine Ausgabe von M. 2745,60 gegenübersteht, so dass ein Betrag von M. 440,81 zu verzeichnen ist. Auf Kosten der Hauptstelle wurden M. 1243,30 für Arbeitslosen, Kranken, Sterbe- und Wehrmachtsunterstützung ausgezahlt. Kollege Specht eröffnete hierauf den Jahresbericht. Die Kostenverhältnisse seien als gut zu bezeichnen. Neben einem Mehr an verlaufenen Märten war es vor allem die Opticfreudigkeit einiger Kollegen im Felde und der Kollegen des Kommandoeins, die zu einer Gefährdung des Fabrikothaltums beitrugen. Um die Aktionen vorzubringen, sei alles verübt worden. Mit freien Vorlesungen ging man in das Jahr 1917. Weder waren die tiefinschneidenden Maßnahmen des Reiches später als wir, und durch das teilweise Schließen der Fabrikbetriebe konnte das angekündigte und getroffene Ziel nicht erreicht werden. Bitter musste die Arbeiterschaft diesen Schlag fühlen. Die große Firma Stratmann & Meier kümmerte sich nicht um das Los ihrer Arbeiter. Hier herrschte immer noch der alte Geist. Es wird aber noch die Zeit kommen, in der durch die Macht der Arbeiterschaft eine Aenderung einzutragen wird und muss. Zum Reichsbundesbolz, zu der Zusammenlegung der Betriebe und zur Schließungsfrage wurde in Versammlungen Stellung genommen und überall Einmütigkeit erzielt. Der Mitgliederbestand betrug 116. Ein Mehr gegenüber dem Vorjahr. Wiederum sind 10 Kollegen zum Militär eingezogen worden, so dass wir heute 122 Kollegen beim Heere haben. Davon haben zehn Kollegen den Tod auf dem Schlachtfelde gefunden. Der Redner wünschte, dass der Tag nicht mehr allzu fern sei, an dem die goldene Sonne des Friedens wieder den Erdosten belehne. Dann aber traten an die Arbeiterschaft erneut Fragen heran, die alle Köpfe anspannen. Es gelte deshalb schon heute, mit alter Macht den uns hernebenden gegenübertretenden und für unsrer Organisation zugänglichen. Auf Antrag der Bevölkerung wurde hierauf dem Kassierer sowohl wie dem gesamten Verstand Einlastung erteilt. Zur Vorstandswahl wählte Kollege Brandt vor, den bisherigen Vorstand wiederzuwählen und wo Ergänzungen notwendig seien, diese vorzunehmen. Der Vorstand legt sich nun aus folgenden Kollegen zusammen: Vorstand Specht und Vielet, Kassierer Brodbeck und Meier. Schriftführer Haagmeier und Niedt, Revisorium Rume und Dazio. Außerdem weibliche Bevölker der Fabrikbetriebe und ein Verkäufer der Kleinbetriebe. Für die Kleinbetriebe wurde außerdem noch eine Aktionssumme gewählt. Hieran hielt Allmann einen Vortrag über „Die Arbeiten des Verbandes“ und während kurz die im vergangenen Jahre von der Organisation getroffenen Maßnahmen in bezug auf die Nacharbeit, die Zusammenlegung der Betriebe, die Schließungsfrage, den Kampf mit den Arbeitgebern zur Erringung von Leistungszulagen usw. Niemand möge etwa denken, dass die Nacharbeit schon beendet sei. Eine kleine Gruppe sei an den Arbeit, um das Gesetz zu durchdringen. Dieser gelte unerhört. Ferner wies der Redner auf die Maßnahmen unserer Organisation in der nächsten Zeit hin und wünschte seine Ausführungen mit dem Wunsche, dass sich die Zahlstellen auch in diesem Jahre so weiter entwickeln möge, wie es vorher der Fall war. Sorgen wir dafür, dass es unter allen Umständen der Fall ist.

Hördorf. Am Freitag, 25. Januar, fand unsere Generalversammlung statt, die sehr gut besucht war. Darin eröffnete Kollege Hartland als Kassierer den Jahresbericht, aus demselben geht hervor, dass einer Einnahme von M. 3281,19 eine Ausgabe von M. 223,55 gegenübersteht, mithin ein Kassiererstand von M. 707,61 vorliegt. Im Jahresbericht besprach Kollege Huber die Vorfälle des verlorenen Jahres in den Kleinbetrieben sowohl als auch in der Fabrikbetriebe, und forderte zur regen Mitarbeit auf. In der Diskussion wandte sich Specht vor allem den augenblicklichen Fragen zu. Die heutige Versammlung sei wiederum ein Beweis dafür, dass auch die biege Arbeiterschaft unsrer Betriebsgruppe Interesse entgegenbringt. Sehr zahlreich sei die Arbeiterschaft der Firma Weinberg in der Versammlung anwesend, und zahlreich seien auch die Beiträge zur Organisation. Damit klarer und deutlicher werde die Forderung aus dem Betriebe veranschaulicht, dass man endlich dafür sorgen, dass auch hier mehr Lohn gezahlt werde. Dazu gelte es, dem Verlangen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen und aus der Steuererhebung zu verzögern, dass eine Eingabe an die Firma zu richten. Es sollen notwendig eine Eingabe an die Firma zu richten. Es sollen A. 5 für weibliche und A. 5 für männliche Arbeiter vorgesetzt werden. Die Anteile sind natürlich hierzu anders. Es sei aber auch notwendig, die Arbeiterschaft der anderen Betriebe ebenfalls zu organisieren und Versammlungen abzuhalten. Es müsse in die Umgegend hinaus gegangen werden, in der sich ebenfalls Betriebe befinden. Die Verhängungen der Firma Weinberg verhinderten verhinderten, dass eine Leistungszulage gezahlt werde. Es sei notwendig, eine Eingabe an die Firma zu richten. Es sollen A. 5 für weibliche und A. 5 für männliche Arbeiter vorgesetzt werden. Die Anteile sind natürlich hierzu anders. Es sei aber auch notwendig, die Arbeiterschaft der anderen Betriebe ebenfalls zu organisieren und Versammlungen abzuhalten. Es müsse in die Umgegend hinaus gegangen werden, in der sich ebenfalls Betriebe befinden. Die Verhängungen der Firma Weinberg verhinderten verhinderten, dass eine Leistungszulage gezahlt werde. Auf Antrag der Bevölkerung wird der Vorstandswahl wählte Kollege Brandt vor, den bisherigen Vorstand wiederzuwählen und wo Ergänzungen notwendig seien, diese vorzunehmen. Der Vorstand legt sich nun aus folgenden Kollegen zusammen: Vorstand Specht und Vielet, Kassierer Brodbeck und Meier. Schriftführer Haagmeier und Niedt, Revisorium Rume und Dazio. Außerdem weibliche Bevölker der Fabrikbetriebe und ein Verkäufer der Kleinbetriebe. Für die Kleinbetriebe wurde außerdem noch eine Aktionssumme gewählt. Hieran hielt Allmann einen Vortrag über „Die Arbeiten des Verbandes“ und während kurz die im vergangenen Jahre von der Organisation getroffenen Maßnahmen in bezug auf die Nacharbeit, die Zusammenlegung der Betriebe, die Schließungsfrage, den Kampf mit den Arbeitgebern zur Erringung von Leistungszulagen usw. Niemand möge etwa denken, dass die Nacharbeit schon beendet sei. Eine kleine Gruppe sei an den Arbeit, um das Gesetz zu durchdringen. Dieser gelte unerhört. Ferner wies der Redner auf die Maßnahmen unserer Organisation in der nächsten Zeit hin und wünschte seine Ausführungen mit dem Wunsche, dass sich die Zahlstellen auch in diesem Jahre so weiter entwickeln möge, wie es vorher der Fall war. Sorgen wir dafür, dass es unter allen Umständen der Fall ist.

aus Bedürfnissen der gesamten Betriebe bestehen sollte. Die diesbezüglich gemachten Vorstellungen werden detailliert angekommen. Sodann hielt Kollege Altmann einen Vortrag über die Arbeiten unserer Organisation und forderte zum Schluss seiner Interessante Ausführungen auf, den nun beschrittenen Weg weiterzugehen. Dann sei es auch möglich, die Gewerkschaften weiter auszubauen.

Königsberg 1. Febr. Die Generalversammlung fand am 29. Januar bei Pohlmann statt. Den Jahresbericht erfasste Kollege Strobel. Es hielten 4 Mitglieder und 2 ehemalige Verdienstmitglieder sowie 2 Sitzeungen der Sonderkommissionen stattgefunden. Am Jahresabschluß 1916 gähnte die Schriftstelle 22 Mitglieder, angemommen sind im Laufe des Jahres 21, zum Militär eingezogen 29 Kollegen. 2 Mitglieder sind gestorben, abgereist 1, gestorben 2; mittlerweile ist ein Verlust von 17 Mitgliedern ins neue Geschäftsjahr übernommen. Durch Vorausnahmen verordnet war auch im Berichtsjahr die Agitationssarbeit unterbunden, zum Teil ganz unrichtig genannt. Eine Loburkundgebung der Gewerkschaften wurde mit gutem Erfolg durchgeführt. Die Gewerkschaften sind als gut zu bezeichnen, wenn doch der Sonderausschuß die anstrengende Summe von M 484,50 auf die Haushaltssumme und M 644,50 abgezählt. Die Beamteneinnahme betrug M 1797,43, der eine Verdienstausgabe von M 1108,08 gegenübersteht. Wocheneinnahmen sind 942 umgekehrt, Einnahmensteige zu 50 u. 701, Wocheneinnahmen zu 50 & 50. In Unterhaltungen und im Laufe des Jahres 1916 der Poststelle M 275, auf Riedmann der Kaufleute M 16 gezeigt. In den drei Kriegsjahren sind M 744 aus der Poststelle und M 80 auf Riedmann der Kaufleute ausgeschüttet worden, so dass eine Summe von M 804 den bedürftigen Früherrenten zugute gekommen ist. Der Jahresbericht gab Kollege Dr. Et gernheit war die Dürigkeit des Kattellausstausches, der es nicht verhindern konnte, dass M 7 Gewerkschaften hier am Ende ausgegangen sind, weil die Poststelle nicht der zum Heeresdienst erkannt wurden. Dagegen habe der Kattellausschuss bei befürchteten Nachwahlen, die die Arbeiterschaft ganz gewaltig benachteiligten, mit einer einzigen Ausnahme bei der letzten Gewerkschaftsversammlung, betreifend die Verlust der Abteilung von Unterhaltungen von M 21, auf Riedmanns ch. den Bürgern bemüht. Auf Grund dieser Verordnung war es der Arbeiterschaft nicht möglich, überlauer Verhandlungen abzuhalten. Da die Arbeiterschaft nicht genugt hat, auf ihre Vereine- und Verhandlungssachen zu verzichten, bestand das Kattell, eine Beschuldigung Einzelne an das Gewerkschaften zu machen, die auch Freude bereit. Es beging am 21. Februar eine Befreiungs- und Abschleiferkundgebung habe der Kattellvorsitzender vollständig verjagt, welche rügtig aber bestätigte er die aufrechterhaltenden Schriften. Unter "Beschwerdes" beantragte der Poststelle, den bedürftigen Früherrenten M 5 pro Monat aus der Poststelle zu entzölten und den Entschädigung von M 5 zu unterschreiben. Der Antrag wurde angenommen. Mit dem Ende, dass die Poststelle für immer aus diesem Bereich verschwand, ist der Kattell die Versammlung.

Wismar. Am 20. Januar fand die Generalkommission statt. Kollege Meinerz gab den Vorstand- und Kassenbericht. Die Einnahmen betrugen insame 100000 Mark, die Ausgaben zu die Kaufleute M 616,61, die bei Kaufleute M 134,19, so dass ein Sparenbestand von M 152,99 sich. Mitglieder waren am Ende des Jahres 25 vorhanden. Im Laufe der Gewerkschaften wurden ausgeschüttet: Gewerkschaftskundgebung M 100, Gewerkschaftsausgabe M 10, Gewerkschaftsaufstellung M 14, Ressortunterstützung M 15 Kollege Et und Etat, sonst Repar. Der Beauftragte ergaben: Meinerz Vorsitzender und Schäfer, Hövel Südtiroler und Hövel als Schäfer. Unter "Beschwerden" brachte Kollege Etat folgenden Antrag ein: Die Gewerkschaft soll ihrem Hauptverband beitreten, für die Mitglieder, die einen Verdienst von über M 40 haben, eine Prämie von M 150 einzuhalten und dementsprechend eine höhere Unterstützungsrate ausgeschüttet. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Kollege Etat rief an, welche der nachstehenden Sachen bestätigt: Entschließt über Schläge einzuhaltende Prämie entsprechend dem, die Kollegen sollten entsprechend ihrem Verdienst die Prämie vorzutragen erhalten. Diese wurde auch in diese Kündigung hinzunommen, was allgemein bestätigt wurde.

Neubrandenburg. Am 20. Januar fand im Börsenhaus die Generalkommission statt. Kollege Etat berichtete über den Erfolg, den noch immer der Krieg habe, und bezog mehrere Klagen über die Kriegswirtschaft. Er gab dann einen Rückblick auf das vergangene Jahr. Der Konsumentrat bestand vor, und Kollege Etat erkannte ihn nicht. Etat gab dann noch den Konsumentrat. Bei der Gewerkschaftsversammlung wurden gewählte Zweite als Konsumentrat, Schäfer als Konsument, Etat als Konsumentdelegaten, Etat als Konsument. Unter "Beschwerdes" wurde bestimmt, dass Kollegen im Laufe des Krieges Gewerkschaftsverein und Gewerkschaftsamt zu überwinden. Sodann Etat kündigte seine Sorgen über die Kosten der Gewerkschaften, der wie großer Konsumentrat entzweit wurde und für uns alle die Konsumenten dienen soll. Kollege Etat war gegen den Konsumentrat, dass die Kollegen auch nicht die Sicherheit für die Gewerkschaften tagt seien und trübe mit schwarzem Auge.

Stargard. Die Generalkommission am 20. Januar war erfreut. Der Schäfer stellte ordnungsgemäß die Konstituierungen und der von vielen erwarteten Konsumenten. Die Generalkommission riefte die neuen Geister von der Kämpfen. Der Kollege Etat erklärte den Konsumenten und dem Schäfer, dass das Schäfer mit die Konsumenten für die Gewerkschaften gut. Es wurden 125 Gewerkschaften erneut. Der Schäfer erklärte, dass erneut konstituiert, um etwas schwieriger Konstituierungen zu leichter zu machen. Etat erklärte darüber, dass M 100000 wurde eine Gewerkschaftskundgebung zu förm vor zu ziehen. Es wurde entschieden. Der Schäfer erklärte, dass erneut 125 Gewerkschaften zu konstituieren. Die Konsumenten erklärten, dass es besser Gewerkschaften vorzubereiten, um sie später zu konstituieren. Das war der Schäfer erklärte.

Kollege Hauffmann zum Vorsitzenden und zum Kassierer gewählt, zweiter Vorsitzender wurde Gottlieb Müller, Schriftführer Walter, Beisitzer wurden Max, Paul, Möller und Pfeiffer, Beisitzerin Elsa und Elmar. Zu Beschluss befürworteten wurden Hauffmann und Müller bestimmt. Zum Schluß referierte Kollege Strobel noch über Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung während des Krieges. Mit dem Wunsch, dass die Nachwuchs bestmöglich bleibe und der langstehende Friede immer näher zu uns herankomme, wünschte der Vorsitzende die Versammlung.

Bücher.

Berlin. Unterer Bahnhofszug nachstehendes Schreiben zu:

Waldenauvorstellung, Feldmarschallkolonne 1918.

Deutsche Feldpost 12. S. Nr. 1810.

In den Centralverband der Bäcker und Konditoren Berlin SO, Engelstr. 14, III.

Mit den Fall, dass dort Treffen von Menschenmassen sein wollten, die der Feldmarschallkolonne Nr. 1 des IX. Armeekorps, insg. Nr. 148, in der Zeit vom 2. bis 12. August 1914 eingerichtet haben und sich jetzt nicht mehr bei der Kolonne befinden, wird um Vereinfachung gebeten, dass diese Menschenmassen ihre Treffen der Versammlung zwecks Ausschaltung einer Pädagogie für diese Zeit mitteilen. (Unterschrift.)

Zur Anhörung an das Verhältnis obiger Bäckerverwaltung bitten wir vom alle in Berlin kommenden Kollegen, gleichzeitig ob sie noch im Felde stehen, zu einem anderen Präsidenten abstimmen oder entlassen und, sich bei der Vermögens der Bäcker sofort anzuschließen.

Meine Verehrte Freunde trachten: Rauhmannsgefege wegen zurückgestellt werden. Die Medaille.

Gewerkschaftliche Kundschau.

Carl Döblin gestorben. Ein großes, überaus arbeitsreiches Leben hat am Donnerstagabend seinen Abschluß gefunden: Döblin, der langjährige Vorsitzende des deutschen Buchdruckerverbandes, in von einer heimlich dreijährigen Tätigkeit durch den Tod abberufen worden. Gleich beißen Berlin trennte die Gewerkschaftsbewegung durch den Tod Döblins wie im Jahre 1912, als ein ihm gleicher, Böhmeburg, der deutschen Arbeiterbewegung durch den Tod entzogen wurde. Böhmeburg war zuletzt seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit auch in der politischen Bewegung hervorragend tätig. Döblins Wirken und Schaffen konzentrierte sich auf rein gewerkschaftliche Tätigkeiten, die, soweit er für den Buchdruckerverband zusätzliche, indirekt in vielen Fragen richtunggebend für die deutsche Gewerkschaftsbewegung überdopt wurde. Seine großen organisatorischen Errungen für seine engere Berufsorganisation zu würdigen, wird Aufgabe dieser selbst sein. Alles was gilt es hier nur, seine vorbildliche Stellung als Gewerkschaftsführer im allgemeinen zu würdigen.

Döblin war der ehrliche Vertreter des Tarifvertragsgedankens, der anfangs sehr starken Aufwindungen ausgesetzt war, im Laufe der Zeit aber neuer Bahn verschaffte. Als nach dem im Jahre 1891/92 verlorenen Kampf um den Präsidenten im Buchdruckergewerbe die Organisation sich alrmäßig wieder erholt, war es ihr Vorsitzender, der in den nachfolgenden Jahren, seit 1896, am Wiederaufbau der Tarifgemeinschaft wenigstens. Er galt als bester Kenner der Tariffrage und gewinnerisch als Vortrachter, und er wurde in dieser Frage nicht nur in Gewerkschaftskreisen als Berater geschätzt, sondern auch von andern Kreisen um seine Meinung angegangen. Sein zielgerichtet, durch reiche praktische Erfahrung geführter Standpunkt zu allen gewerkschaftlichen Fragen und Gelehrten war geradem maßgeblich. Vom gerade Rege der praktischen Gewerkschaftspolitik brachte ihm nichts ab, am wenigen mancherlei empfindliche Angriffe, die natürlich in früheren Jahren gegen ihn und seine Organisatoren erhoben wurden. Und eine Kritik für die Gewerkschaft aber notwendige und sehr nützliche Döblin wurde von ihm bestimmt und freizell im Buchdruckerverband durchgesetzt, die nicht zuletzt den Erfolg hatte, dass der Verband sich den leichten Berufsgewerben organisiert erkläre und unter seinem Führer Schmidtschüller, Köttinger, unerträglich auch in dieser schwierigen Krisenzeit, finanziell stark, in den organisatorischen Einrichtungen nutzergängig, so stellt sich das Lebenswerk heute dar, dem der Verstorbenen seit 1889 als Vorsitzender, vorher schon als Berliner Gewerkschaftsleiter, in ihrer Arbeitsfähigkeit noch genial hat.

Aber auch in der Hauptleitung der Gewerkschaftsbewegung war Döblin als ehriges Mitglied tätig. Seit dem Januar 1903 gehörte er der Generalkommission der Gewerkschaften als Mitglied an, nachdem ihm der Gewerkschaftsverein in Stuttgart 1902 dazu gewählt hatte. Sein Rat und seine Meinung galten dort allemal sehr viel, seine klare und ehrliche Beurteilung gewerkschaftlicher Dinge war fast von nicht geringer Bedeutung. Seine bis in die letzte Zeit dort so reich enthaltene Tätigkeit wird schwer vermissen werden.

Bei Gütervermögen Jahren starb Döblin. Seine näheren Freunde von Kollegen führen keinen Krankheitszettel an die jüngsten schlechten Ernährungsverhältnisse zurück. Ein unheilbares Leid, aber zumindest an ihm und zwang den Kämpfendesjährigen auf das Sterbebett.

Weit über die Gewerkschaftskreise hinaus wird tiefe Trauer über den Tod des treuen, allgemein beliebten und geschätzten Gewerkschaftsführers sein. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung aber und der Buchdruckerverband haben einen schweren Verlust zu beklagen, denn einer ihrer besten Kämpfer für die Konsumenten steht nicht mehr mit. Sein Andenken aber wird vorleben, und sein Lebenswerk wird in der deutschen Gewerkschaft gelebt als leuchtendes Vorbild allezeit daheißen.

Eingegangene Bücher und Schriften.

Arbeiter über Soldaten? Eine Broschüre, die nach der Freien Buchhandlung, Eisen VI, Sonnenallee 18, gegen Bezahlung des Vertrages von 15 Pf. ver-

sendet wird, stellt diese Frage. Und zwar die Gewerkschaften gegenüber, welche die österreichischen großen Bewegung vertreten will, welche die Arbeiterschaft ergriffen hat, darf vor allem an der Frage der Behandlung der Arbeiter während des Krieges in den Fabriken und Werkstätten nicht achilos vorübergehen. In einer Rede, die der Reichstagsabgeordnete Seitz im November im Abgeordnetenkabinett gehalten hat und die nun in Broschürenform mit dem Titel "Arbeiter oder Soldaten?" vorliegt, wird in packender Weise vor Augen geführt, was die Arbeiter getan haben, und was die Militarisierung, deren Ausführung die Regierung unmehr aufzugeben wußte, bedeutet hat. Die Rede ist ein geschickliches Dokument und verdient, genau gelesen zu werden.

Gedenkblatt zum 9. Februar

an der 7. Wochenhaltung für 1918
(10. bis 16. Februar) fällig.

Anzeigen.

Nachruf.

Dem Kriege fielen folgende unserer Mitglieder zum Opfer:

Reinhard Gotzmann

Bäcker, 26 Jahre alt.

Franz Kohlmeier

Bäcker, 46 Jahre alt.

Eduard Bader

Bäcker, 38 Jahre alt.

Ferner starb in der Heimat unser Jungfröhiges Mitglied, der Bäcker

Rudolf Hansmann

im 51. Lebensjahr.

Ehre ihrem Andenken!

[M. 7,90]

Verwaltung Berlin.

Nachruf.

Am 16. Januar starb in einem Feldlazaret durch Krankheit unser Kollege, Unteroffizier

Kurt Schneppel.

Sein Andenken wird stets in Ehren halten

[3,30]

Die Bäckstelle Braunschweig.

Dem Bölkemorden zum Opfer gefallen sind unsere braven Kollegen:

Karl Stein

Karl Schaper

Erich Helmke

und am 18. November auch unser tüchtiger Mitarbeiter der Bäckstelle

Reinhard Gotzmann.

Wir werden stets der Kollegen danken.

[M. 5,10]

Bäckstelle Potsdam.

Nürnberg Bäcker- und Konditorgruppen
decken ihren Bedarf am besten bei
Hans Dörliss, Schneidermeister, Hengasse 2, 1. Et.

"Sicherheitsfach"

beherrschtes Mittel zum Streichen der Bleche und Formen
Profillo M 7,50, von 5 kg ab 1 M. Sehr zu empfehlen!

Liebing & Co., G. m. b. H.

Siegen-R. 5, Kohlgartenstraße 8. Telefon 2290.

"Totaladdition"

mit Totaladdition zu kaufen geführt. Differenzen unter J. W. 13541 an d. Exped. d. Btg.

[M. 4]

Echte Zwiebackflocken

gebrannten zu kaufen.

Zwiebackflocken
zu kaufen. Angebote an G. Weber.

Stuttgart, Blumenstr. 25. [M. 3,50]